



**Ina Latendorf, MdB**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion  
DIE LINKE im Bundestag

## Pressemitteilung

### Forderung der LINKEN

### „Preisexplosion im Supermarkt sofort stoppen!“

Berlin, 17.03.2023

Bezug:

Anlagen:

#### **Ina Latendorf, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

#### **Funktionen:**

Agrarpolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung  
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

#### **Wahlkreisbüro**

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Die Preisexplosion im Supermarkt muss sofort gestoppt werden“, erklärt Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

„Die Lage ist dramatisch. Da kann man nicht tatenlos zuschauen“, so Ina Latendorf weiter. „Die Inflationsrate bei Nahrungsmitteln lag im Februar 2023 bei 21,8 %, verglichen mit dem Vorjahresmonat, also mit Februar 2022 (wo es ja bereits Preissteigerungen gab). Der Durchschnitt der Gesamt-Inflation beträgt 8,7 %. Viele müssen sich entscheiden, ob sie sich ausreichend mit Nahrung versorgen oder eine warme Wohnung haben oder Strom. Dieses ‚oder‘ ist der eigentliche Skandal.“

Die Obfrau der LINKEN im Agrarausschuss erläutert:

„Die Politik ist jetzt gefordert, wo Einzel- und Großhandelsunternehmen die Inflationslage ausnutzen, um Gewinne zu steigern und Ernährungsarmut gleichzeitig strukturell diejenigen trifft, die von Sozialleistungen und Grundsicherung leben müssen.“

DIE LINKE fordert:

- eine staatliche Preisaufsicht mit Eingriffsbefugnissen,
- eine Übergewinnsteuer für Lebensmittel,
- mindestens 200 Euro mehr für alle Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld,
- kostenfreie Schul- und Kitaverpflegung in ganz Deutschland und
- die Nullsetzung der Mehrwertsteuer für alle Grundnahrungsmittel.“

Ina Latendorf abschließend: „Das sind nur die unmittelbar greifbarsten Forderungen. Nötig ist nämlich ein komplettes Umdenken in der Wirtschafts- und Lebensweise.“

(Wegen des erheblichen Verzugs des Plenartags wurde die ursprünglich beantragte Aktuelle Stunde im Plenum abgesetzt.)